

9. IV. 1919

Der Beamte in der Proletarierdiktatur.

Ueber dieses Thema sprach im Landesverband der städtischen Beamten Ungarns der hauptstädtische Volksbeauftragte Ladislaus Dines. Den wesentlichen Inhalt seiner charakteristischen Ausführungen, die die künftige Stellung des Beamtentums in der ungarischen Räterepublik in groben Umrissen abtrocken, geben wir nachstehend wieder. Dines führte aus:

Den Beamten stehen zwei Wege offen: diejenigen, die die Proletarierdiktatur wollen, werden wir als unsere Brüder begrüßen, jene aber, die sie nicht wollen, sollen beiseite treten, wenn sie — können. Denn wenn man ihrer Arbeit bedarf, werden sie mit Gewalt zur Mitwirkung gezwungen. Die Lage der Beamten ist deshalb schwierig, weil sie zum größten Teil der Bourgeoisie angehören, denn nur wenige von ihnen fühlen sich als Proletarier. Aber auch die Zugehörigkeit dieser letzteren zum Proletariat ist keine so offenkundige wie die der Arbeiter. Das Mißtrauen des wirklichen Proletariats gegen die Beamtenschaft ist vollkommen berechtigt, haben ja die Beamten stets die gegen das Proletariat gerichteten Verfügungen einer jeden Regierung widerstandslos vollzogen. Vom Proletariat haben sich die Beamten stets zurückgezogen, und nur jetzt, da die Proletarier ans Ruder gelangt sind, möchten auch sie gern Proletarier sein. Doch das Mißtrauen des Proletariats gegen die Beamtenschaft läßt sich nicht so leicht entkräften.

Die Existenz der Beamten schwebt in Gefahr, denn die Proletarierdiktatur hat die Bürokratie zum Tode verurteilt. Heute bedarf man ihrer wohl noch, doch muß der Weg gefunden werden, auf dem die Beamten sich in die neue Gesellschaftsordnung einzufügen vermögen. Der Fachbeamten, Ingenieure, Lehrer bedarf auch die neue Gesellschaft, und diese werden leicht ihren Platz finden. Viel schwieriger jedoch ist die Lage der vom Gesichtspunkt des Proletariats eine unproduktive Arbeit verrichtenden Juristen und Verwaltungsbeamten; der Standpunkt der Räteregierung ist, daß dasselbe Organ, das die Gesetze schafft, diese auch vollziehen soll. Eine Verwaltung im heutigen Sinne des Wortes ist daher unnötig. Die nächste Zukunft, in der sich nach den Wahlen die Räte konstituieren werden, wird eine neue Lage schaffen. Es ist fraglich, ob es ein Stadtkreis, ob es Bezirke geben wird, und das ist noch ungewiß, was mit den administrativen Organen geschehen soll. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden diese Organe nicht sofort aufgelöst werden, denn auch die Räte können nicht von heute auf morgen die Verwaltung übernehmen; es wird eine Uebergangszeit geschaffen, und es ist die Pflicht der Beamten, während dieser Zeit dem Proletariat zu beweisen, daß man mit ihnen arbeiten kann, daß sie sich der neuen Ordnung anpassen wollen und können. Nur auf diese Weise können sie ihre Existenz retten.